
Stillgeschwiegen! Die Vertriebenen in der SBZ und DDR

Handreichung für Lehrkräfte zur Ausstellung

Das Begleitmaterial ist für den Geschichtsunterricht bzw. den fächerübergreifenden Unterricht in den Sekundarstufen I und II zur Ausstellung „Stillgeschwiegen – die Vertriebenen in der SBZ und der DDR“ konzipiert. Diese Ausstellung ist als Wanderausstellung bundesweit, vorzugsweise jedoch in Ostdeutschland zu sehen. Das Begleitmaterial nutzt neben der Ausstellung Online-Material und bietet Arbeitsblätter für die Arbeit in Gruppen sowie zwei Unterrichtsentwürfe. Außerdem muss die Ausstellung besucht werden. In der Handreichung für die Lehrkräfte finden Sie eine Sachanalyse und eine knappe Einführung in das Thema der Ausstellung. Die Ausstellung ist geeignet für Schüler ab 12 Jahre und setzt Kenntnisse zum Zweiten Weltkrieg voraus.

1. Handreichung für Lehrkräfte

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) präsentiert gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen die benannte Ausstellung. Diese beleuchtet unterschiedliche Aspekte des Umgangs mit Flüchtlingen bzw. Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten am bzw. unmittelbar nach dem Ende des II. Weltkrieges in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der ihr nachgegründeten Deutschen Demokratischen Republik (DDR). In den dazu entwickelten Begleitmaterialien für den Unterricht in der Sekundarstufe I und den Oberstufen aller Schulformen sind zwei Unterrichtseinheiten für Schülergruppen ab 12 Jahren und drei Arbeitsblätter für die Gruppenarbeit enthalten. Die Begleitmaterialien dienen der Vor- und Nachbereitung eines Besuchs in der Ausstellung. In den Rahmenlehrplänen für die Sekundarstufe I und II im Fach Geschichte kann das Thema der Ausstellung unter folgenden Aspekten behandelt werden:

Sek. I.:

- Anwenden der Kenntnisse zum Kalten Krieg auf die Entwicklung in Deutschland von 1945 bis 1955,
- politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen der Besatzungszonen
- Bodenreform
- Regionalgeschichte
- Fallanalyse
- Kennen der Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR in Grundzügen
- Alltagserfahrungen und Mentalitäten in den 50er Jahren

Sek. II:

- Entstehungsprozess der DDR-Herrschaftsstruktur und Selbstverständnis als sozialistische Gesellschaftsordnung
- Beurteilen des demokratischen Anspruchs der DDR
- Beurteilen des 2. Weltkriegs im historischen Gedächtnis der DDR / Umgang mit Flucht und Vertreibung
- Identifikationsprobleme der DDR-Bürger mit dem SED-Staat

Fächerübergreifend:

- Sprache als Machtinstrument
- Integration
- Oral History
- Regionalkunde/Heimatkunde
(Fächer Geschichte, Ethik, Politik, Sozialkunde, Erdkunde, Deutsch¹ ...)

Grundlegendes historisches Wissen (Sachkompetenz) und die Kenntnis und sachgemäße Anwendung von Grundformen fachspezifischer Verfahrensweisen sowie der Fachsprache (Methodenkompetenz) sind unabdingbare Voraussetzungen für eine im historischen Denken und Bewusstsein begründete Urteilsfähigkeit (Urteilskompetenz), welche verantwortungsvolles Handeln (Handlungs- und Kommunikationskompetenz) ermöglicht.

2. Was brauchen Sie?

Die Ausstellung muss mit der Lerngruppe besucht werden. Für den Besuch sind mindestens 1,5 Stunden einzuplanen; sollte vor Ort die Bearbeitung der Aufgaben erfolgen (können), entsprechend mehr. Für den Unterricht und die Gruppenarbeit sind Internetzugänge und Computer bereitzuhalten. Darüber hinaus können Zeitzeugen in den Unterricht eingeladen werden, die zu den Ausstellungsthemen aus eigenem Erleben berichten können. Die Notizen der Schüler sollen in MindMaps aufgearbeitet werden. In der Sekundarstufe II sollen die Schüler ihre Ergebnisse mithilfe von Präsentationen darstellen. Die Schüler sollen bei einigen Arbeitsblättern Rezensionen zur jeweiligen Ausstellung verfassen. Diese müssen dann bewertet werden.

3. Unterrichtsentwürfe und Arbeitsblätter

Die Unterrichtsentwürfe wurden für 45minütige Geschichtsstunden in den Sekundarstufen I und II mit drei Arbeitsblättern für drei Gruppen entwickelt. Sie sind relativ knappgehalten und können beispielsweise für Unterrichtsbesuche nicht benutzt werden, weil u.a. die Lerngruppenanalyse und die zeitliche Planung nicht enthalten sind. Die Unterrichtsentwürfe für Sekundarstufe I und die Arbeitsblätter enthalten weniger Aufgaben und Quellen bzw. Darstellungen. Die Arbeitsblätter können auch in Teilen als Hausaufgabe bearbeitet werden, sofern die Schüler über einen Internetanschluss und einen Computer zu Hause verfügen. Die Arbeitsaufgaben in den Arbeitsblättern sind mit den angegebenen Links zu Fernsehbeiträgen, Filmen, Texten oder Quellen zu bearbeiten. Einfache Rechercharbeiten mit gängigen Suchmaschinen bzw. Enzyklopädien sind teilweise notwendig.

4. Der Ausstellungsbesuch

Die Ausstellung besteht aus etwa² 27 miteinander verbundenen Tafeln und bietet unter jeweils einer konkreten Überschrift überwiegend Text- und Bildmaterial zu einem speziellen Aspekt. Die Tafeln haben eine Größe von je ca. 1 x 2 m. Ergänzt werden die dargestellten Materialien durch zahlreiche QR-Codes, die Erweiterungen bzw. Ergänzungen bieten. Die Nutzung dieser QR-Codes ist nicht zwingend notwendig – im Fall ihrer Nutzung sind entsprechende kompatible Endgeräte (z.B. Smartphone, Tablet) vonnöten.

¹ Die Fachbezeichnungen sind in den Bundesländern zum Teil unterschiedlich bzw. es sind Fächer „zusammengefasst“.

² Entsprechend den örtlichen Gegebenheiten kann die Anzahl der Tafeln in Einzelfällen geringfügig reduziert sein.

5. Worum geht es in der Ausstellung?

5.1. Sachanalyse³ – Flucht und Vertreibung von Deutschen nach 1945

Von einer erzwungenen Migration durch Flucht und Vertreibung waren im Europa des 20. Jahrhunderts schätzungsweise 80 bis 100 Millionen Menschen betroffen. Im Kontext des Zweiten Weltkrieges betraf das auch rund 14 Millionen⁴ Deutsche sowohl in den damaligen deutschen Ostgebieten als Teil des ehemaligen deutschen Staatsgebietes als auch in den übrigen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa.

Bereits im Mittelalter wurden Bauern, Kaufleute, Handwerker und andere Spezialisten von Herrschern und lokalen Grundherren aus verschiedenen deutschen Regionen und unterschiedlichen Gründen angeworben, um in den unterschiedlichsten Regionen des östlichen Europas zu siedeln. Als Anreiz wurden ihnen Privilegien verliehen, wie z. B. eine Steuer- und Abgabefreiheit. So bestätigte beispielsweise Bela IV. (von Ungarn) in der Goldenen Bulle aus dem Jahr 1244 unter anderem die Rechte und Privilegien der deutschen Siedler bzw. Gäste (*hospites theutonici*) in Pest. Aus der Regierungszeit König Andreas II. von Ungarn stammt das wohl weitreichendste Statut, das deutschen Siedlern in Osteuropa gewährt wurde, der Goldene Freibrief, der die Rechte der deutschen Siedler in Transsylvanien/Siebenbürgen (*hospites nostri Theuthonici Ultrasilvani*) regelte. Ähnliche Ansiedlungsvorgänge lassen sich in Böhmen und Mähren fassen. Überliefert ist z. B. der berühmte Freiheitsbrief des Herzog Sobieslaw von Böhmen aus dem Jahre 1176 für die Deutschen, die in der Prager Vorburg siedelten.

Anfang des 13. Jahrhunderts wurden zudem im Baltikum (Kurland, Livland, Estland) Niederlassungen deutscher Kaufleute, Ritter und Geistlicher gegründet. Auf dem Gebiet des heutigen Litauen gehen die ersten deutschen Ansiedlungen des 13. und 14. Jahrhunderts auf Initiativen der litauischen Fürsten Minduagaus und Gediminas zurück. Auch in dem südlich davon gelegenen Raum, der im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden erobert worden war, wurden deutsche Siedler ansässig. In das Gebiet des heutigen Sloweniens wurden um 1330 deutschsprachige Siedler aus Kärnten und Osttirol gerufen, die sich in der Herrschaft Gottschee der Kärtner Grafen von Ortenburg ansiedelten. Lokatoren organisierten im Auftrag der Grundherren die Ansiedlung, wofür sie und ihre Nachkommen abgabenfreies Land, Ämter und Privilegien, wie z. B. das Schulzenamt oder das Schankrecht, erhielten. Viele Orte wurden nach diesen Lokatoren benannt, so möglicherweise auch Hermannstadt in Siebenbürgen, das 1223 als *villa Hermanni* erwähnt wurde.

Eine wichtige Rolle im Rahmen des hochmittelalterlichen Landesausbaus spielten auch Mönchorden wie der der Zisterzienser, die unter Einbeziehung lokaler Bevölkerung und zuziehender Siedler am Ausbau der Siedlungslandschaft im östlichen Europa beteiligt waren. In all diese genannten Regionen wanderten auch in späteren Jahrhunderten Deutsche aus religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gründen aus, wie beispielsweise nach Böhmen und Mähren in Folge der Hussitenkriege, der Pest, des Dreißigjährigen Krieges und im Zuge der Binnenmigration innerhalb der Habsburger Monarchie oder nach Siebenbürgen im Kontext der Gegenreformation.

³ Vgl. Begleitmaterial zu den Ausstellungen „Die Gerufenen“, „Erzwungene Wege“, „Angekommen“, „Verschwunden“ und „In Lagern“, erstellt von ZgV

⁴ Verschiedene Untersuchungen sprechen von 12 bis 14 Millionen

In der Neuzeit wurden zudem weitere Regionen des östlichen Europas Ziel deutscher Ansiedlungen. So wurden im 17. und 18. Jahrhundert vorwiegend aus Südwestdeutschland stammende Siedler durch die österreichische Regierung und private Grundherren in den so genannten Schwabenzügen im mittleren Donaauraum angesiedelt, für die sich erst nach 1918 der Begriff „Donauschwaben“ durchsetzte und deren Zahl um 1940 etwa 1,25 Millionen umfasste. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wanderten Deutsche in die Region um Łódź aus, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum der Textilindustrie entwickelt hatte. Zwischen 1810 und 1827 lebten in Kongresspolen etwa 50.000 Deutsche, davon fast drei Viertel in der Łódźer Industrieregion. Deutsche Handwerker und Landwirte aus Schlesien, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen zog es im 19. Jahrhundert auch nach Wolhynien. Die Zahl der Deutschen im Wolhynien stieg bis 1914 auf 210.000 an. Im Zuge der einsetzenden Industrialisierung wanderten deutsche Arbeiter und Spezialisten um die Mitte des 19. Jahrhunderts auch nach Litauen aus. So waren um 1900 etwa 4.500 Deutsche in Kaunas ansässig. Zudem warben litauische Adlige gezielt deutsche Bauern zur Bewirtschaftung ihrer Güter an. Die Habsburger Monarchie unterstützte die Einwanderung Deutscher in Galizien durch besondere Privilegien, Ende des 19. Jahrhunderts lebten 60.000 Deutsche im österreichischen Galizien. Auch in der benachbarten Bukowina stellten die deutsche Siedlung und Kultur eine wichtige Komponente dar. Dort wurde 1875 in Czernowitz mit der Franz-Josefs-Universität die östlichste deutschsprachige Hochschule Europas gegründet.

Die Grundlage deutscher Siedlung in der Schwarzmeerregion und im Wolgagebiet bildet ein Dekret der russischen Zarin Katharina II. aus dem Jahr 1763, das deutsche Siedler einlud, sich im Zarenreich unter Gewährung von zahlreichen Privilegien niederzulassen. Von Odessa über die Steppenlandschaft des Schwarzmeerbogens und die Krimhalbinsel bis hin zum Kaukasus bildeten deutsche Einwanderer Kolonien, auch in Transkaukasien, Sibirien und Mittelasien wurden deutsche Tochterkolonien errichtet. Nach dem Sieg über die Osmanen 1812 rief Alexander I. zudem deutsche Siedler nach Bessarabien. In den Ostgebieten des Deutschen Reiches nach 1871, sowohl des Kaiserreiches wie auch der Weimarer Republik, bildeten die Deutschen die Mittel- und Oberschichten, waren in den ländlichen Gebieten in der Regel die Landbesitzer, und insbesondere die deutschen Eliten, aber auch die breite Mehrheit der deutschen Durchschnittsbevölkerung war von einem tiefstzenden Überlegenheitsgefühl gegenüber Polen, Russen, Rumänen etc. durchdrungen, was sich auch politisch niederschlug. Eine rigide Germanisierungspolitik, das Verbot der polnischen Sprache im Unterricht und die Ersetzung nahezu aller polnischen Lehrer durch deutsche, dazu die Erklärung der Polen zu „Reichsfeinden“ unter Bismarck und umfassende antipolnische Pressekampagnen führten zu Entfremdung und Unversöhnlichkeit insbesondere zwischen Polen und Deutschen.

Die Entwicklungen während des Ersten Weltkrieges (Völkermord an den Armeniern) und danach, während der Zeit des Nationalsozialismus sowie im Vorfeld und Kontext des Zweiten Weltkrieges führten zu Flucht, Vertreibung und Deportation von Millionen Menschen in Europa. Nach 1933 zielte die nationalsozialistische Rassepolitik vor allem auf die Vertreibung und Vernichtung der Juden und auch der Sinti und Roma. Die nationalsozialistische Germanisierungspolitik führte zur Vertreibung der osteuropäischen Bevölkerung, wie der Polen, Tschechen und Russen. Auswirkungen hatte diese Germanisierungspolitik auch auf die deutschen Minderheiten im östlichen Europa. In Folge

des Hitler-Stalin-Paktes wurden sie zwischen 1939 und 1941 aus dem sowjetischen Einflussbereich aus- und vorwiegend im besetzten Polen angesiedelt. Das betraf vor allem deutsche Minderheiten im Baltikum. Allein von Oktober bis Dezember 1939 wurden etwa 51.000 Deutsche aus Lettland und 14.000 aus Estland in das besetzte Polen (vorwiegend nach Westpreußen und in den Warthegau) umgesiedelt. Nach der deutschen Besetzung Litauens im Jahr 1941 erfolgte eine Rücksiedlungsaktion von 20.000 Deutschen. Das „Deutschtum im Osten“ sollten aber auch Deutsche aus Wolhynien, Galizien, den Karpaten, aus Siebenbürgen, Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha und der Gottschee als „Wehrbauern“ festigen. Gleichzeitig wurden hunderttausende Polen innerhalb der annektierten Gebiete vertrieben oder deportiert, davon 70.000 bis 80.000 polnische Juden, die in Ghettos oder Konzentrationslager gebracht wurden, 2 Millionen polnische Zwangsarbeiter wurden in das Deutsche Reich verschleppt.

Nach dem 1941 erfolgten deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurden durch die sowjetische Regierung unter Stalin zunächst die auf sowjetischem Gebiet ansässigen Wolgadeutschen, anschließend alle Deutschen im europäischen Teil des Landes, nach Sibirien, Kasachstan und Mittelasien deportiert. Ihnen war der Schulbesuch und die deutsche Sprache bis in die 1950er Jahre verboten.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges schloss sich an die Massenflucht vieler Deutscher vor der Roten Armee seit Ende 1944 und deren kurzzeitiger Rückkehr im Frühjahr/Sommer 1945 die Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten an. Die umfangreichsten Vertreibungen betrafen die deutschen Ostprovinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, das östliche Brandenburg sowie Danzig, Westpreußen, den Warthegau, die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien als Siedlungsgebiete von deutschen Minderheiten. Die Ursachen der Vertreibungen stehen im engen Zusammenhang mit den vorausgegangenen Verbrechen und Gräueltaten des NS-Unrechtsregimes an den Menschen in vielen Ländern Europas. Auch nationalistische Neuordnungen und Grenzverschiebungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg spielten eine Rolle. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien erließen 1945 Gesetze gegen die deutsche Bevölkerung in den jeweiligen Ländern.

Eine weitere Ursache lag in der Westverschiebung Polens durch Festlegungen insbesondere des Potsdamer Abkommens und der Annexion ostpolnischer Gebiete durch die Sowjetunion. Systematische Vertreibungen wurden zu einem Element im Prozess der kommunistischen Machtergreifung in den osteuropäischen Staaten nach 1945, aufbauend und sich zunutze machend die historisch angestaute Wut, teilweise Rachegefühle, nicht selten aber auch purer Neid und Besitzgier breiter Bevölkerungsteile gegenüber Deutschen. So wurden seit Mai 1945 etwa 3,5 Millionen Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten vertrieben. Verbliebene Deutsche wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet, in Lager gesperrt oder in die Sowjetunion verschleppt. Aus der Tschechoslowakei wurden bis 1948 mehr als 3 Mio. Deutsche vertrieben. Auch die Hälfte der Deutschen in Ungarn wurde bis 1946 des Landes verwiesen. Deutsche in Rumänien wurden nicht vertrieben, aber etwa 80.000 arbeitsfähige Deutsche (in der Mehrzahl Frauen) zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt, von denen nahezu ein Drittel umkam. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren 12 bis 14 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands geflüchtet oder wurden vertrieben.

1945 wurden mit der Gründung von deutschen Ländern durch die Besatzungsmächte auch Flüchtlingsbehörden geschaffen. Die ersten Nachkriegsjahre waren für die Vertriebenen in den deutschen Besatzungszonen von Elend und Improvisation bestimmt. Zwangseinquartierungen bei Einheimischen, räumliche Enge, mangelhafte hygienische Verhältnisse, eine schwierige Versorgungslage, alliierte Zuzugsverbote in zerstörte Großstädte und eine herablassende bis feindliche Behandlung in der neuen Heimat bestimmten vielerorts den Alltag.

Von 1945 bis 1949 befanden sich die meisten Flüchtlinge in Lagersituationen, teilweise in ehemaligen Lagern für Zwangsarbeiter, in KZ-Außen- oder Straflagern. Die Flüchtlinge erhielten zahlreiche Unterstützungsangebote durch verschiedene Wohltätigkeitsverbände, die eigene Arbeitsvermittlungen einrichteten und sie bei der Suche nach Angehörigen unterstützten, wie z. B. der Suchdienst des DRK und der Kirchliche Suchdienst. In der neu entstandenen Bundesrepublik förderten verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, so das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, das Wohnungsbauförderprogramm und das Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953.

In den westlichen Besatzungszonen kamen rund 8 Millionen Deutsche an. In der sowjetischen Besatzungszone hielten sich aufgrund der geographischen Lage rund 4 Mio. Flüchtlinge und Vertriebenen auf, sie stellten 1945/46 fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Bereits 1945 war eine Zentralverwaltung für deutsche „Umsiedler“ durch die Sowjetische Militäradministration gegründet worden, im Herbst 1946 wurde eine einmalige finanzielle „Umsiedlerunterstützung“ gewährt.

Nach der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 zerbrach die Antihitlerkoalition aus UdSSR, Großbritannien und den USA rasch. Zwar sollte Deutschland als Ganzes behandelt werden, gleichzeitig konnte aber jede Besatzungsmacht in ihrer Zone nach ihren Vorstellungen schalten und walten. In der SBZ setzte schleichend eine pro-sowjetische politische Umgestaltung ein, die im April 1946 gegründete SED wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht protegiert, demokratische Tendenzen nach westlichem Muster konsequent unterbunden. Zudem etablierten sich, massiv forciert durch Stalin, in Osteuropa prosowjetische, kommunistische Systeme (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien).

Mit der Gründung der DDR am 07.10.1949 und der (undemokratischen) Etablierung der SED zur herrschenden Staatspartei wurde die kritiklose Treue und „Freundschaft“ zur Sowjetunion Staatsdoktrin und allgegenwärtiger Propagandainhalt in der DDR. Der Fakt, dass man vor den „ruhmreichen Befreier der Sowjetarmee“ geflohen sein könnte oder durch die „befreundeten sozialistischen Bruderstaaten“ hätte vertrieben sein können, stellte ein ideologisch-propagandistisches Tabu dar.

Hinzu kam, dass zwischen 1945 und 1950 zahlreiche Großbauern, Industrielle und Beamte das Gebiet der SBZ verließen und sich in den Westzonen niederließen. Erstere waren im Zuge der Boden- bzw. Industriereform in der SBZ als „Nazi- und Kriegsverbrecher“ entschädigungslos enteignet worden und wurden gesellschaftlich diskriminiert, letztere im Zuge einer Verwaltungsreform aus ihren Ämtern entfernt.

Mit der Bodenreform in der SBZ von 1945/46 und dem Neubauernprogramm von 1947 wurden zudem erste Umverteilungen von Grund und Boden vorgenommen. Zahlreiche Vertriebene profitierten von der Bodenreform, viele (vor allem aus Schlesien) gingen zur SDAG Wismut, nicht wenige traten in administrative Organe, Parteien oder Massenorganisationen, häufig auch in die Kasernierte Volkspolizei der neugegründeten DDR ein.

Mit dem Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und der VR Polen und der damit erfolgten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens durch die inzwischen gegründete DDR war eine Rückkehr in die alte Heimat nicht mehr möglich. Bei politischer Anpassung war ein sozialer Aufstieg in der DDR möglich, Erinnerungen an die alte Heimat waren von offizieller Seite jedoch unerwünscht und mit dem Verdacht des Revanchismus belegt. Alle diese Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler brachten ihre Mundarten, Bräuche, kulturellen und religiösen Traditionen mit in die neue Heimat. Nur ein politisches System mit monopolisierter und zentralisierter Gestaltungs- und Deutungsmacht, wie es forcierend die SBZ und später die DDR darstellte, macht es mit ihrem Repressionsapparat und ihrem allumfassenden gesellschaftlichen Gleichschaltungsprozess möglich, öffentliche Meinung derart zu steuern, zu manipulieren und zu kanalisieren, wie es am Beispiel der Vertriebenen in der SBZ bzw. der DDR in der Ausstellung sichtbar gemacht wird.

